

vorhergehende verwaltungsinterne Ausschreibung folgen. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Reinken, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Reinken** (SPD): Herr Staatsrat, teilen Sie meine Auffassung, dass angesichts von circa 70 000 Kundinnen und Kunden des Jobcenters in Bremen und der Komplexität der Aufgaben insbesondere im Bereich der Leistungen, der Leistungsgewährung, aber auch der Vermittlung und der mit den häufigen Gesetzesänderungen möglichen Fehlerhäufigkeit bei Bescheiden die hohe Fluktuation, die Sie in Ihrer Antwort angeben, die dann auch noch in kurzen Zeitabständen erfolgt, dazu führen kann, dass die Qualität der Leistungen nicht in der nötigen Art und Weise erbracht wird, und dass man hohe Fluktuationen, auch noch in kurzen Abständen, vermeiden soll, und was tun Sie, damit die Fluktuation eingeschränkt wird?

**Staatsrat Professor Stauch:** Ich teile die Auffassung, dass eine hohe Fluktuation vermieden werden sollte, und ich teile auch die Auffassung, dass die Stellen möglichst zeitnah wiederbesetzt werden sollten. Wir haben eine hohe Fluktuation, weil die Tätigkeit im Jobcenter belastend ist und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Jobcenter immer wieder in andere Tätigkeiten streben. Wir haben dann Schwierigkeiten, diese Stellen wiederzubesetzen. Die Besetzungsverfahren werden im Sozialressort durchgeführt. Das Sozialressort ist für das Personal zuständig. Nach meinem Eindruck wird dort versucht, zeitnah wiederzubesetzen. Das ist aber mit Schwierigkeiten verbunden. Wir haben auch eine unterschiedliche Bezahlung von kommunalen Mitarbeitern und den Mitarbeitern, die aus dem Bundesbereich kommen. Auch das erschwert die Wiederbesetzung zum Teil.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Reinken** (SPD): Können Sie uns sagen, seit wann diese Stellen vakant sind, und bis wann wir hoffen können, dass sie wiederbesetzt werden?

**Staatsrat Professor Stauch:** Ich kann nicht genau sagen, ab wann diese 20,5 Vollzeitstellen vakant sind. Das ist eine Information, die Anfang Oktober in der Trägerversammlung bekannt geworden ist. Wir kümmern uns darum. Zur Vakanz von Stellen wird nachgefragt. Das fluktuiert immer wieder. Wir haben Stellen, die aktuell wiederbesetzt werden. Diese konkreten Stellen befinden sich im Moment in der Wiederbesetzung. So ist es mir aus dem Sozialressort mitgeteilt worden.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Reinken** (SPD): Eine letzte Zusatzfrage! Können wir, da es sich beim Jobcenter, in dieser gemeinsamen Einrichtung um eine gemischte Mannschaft handelt, davon ausgehen, dass über die Frage der Personalplanung zwischen den beteiligten Ressorts und der Geschäftsführung beziehungsweise der Agentur für Arbeit als weiterer Träger des Jobcenters Gespräche über eine gemeinsame Personalplanung und eine gemeinsame Abarbeitung der Fluktuationsthemen geführt werden?

**Staatsrat Professor Stauch:** Solche Gespräche werden geführt. Vonseiten des Senats sind die Ressorts Finanzen, Soziales und das Arbeitsressort beteiligt. Es wird versucht, im Rahmen der Personalplanung darauf einzuwirken, dass die Fluktuation möglichst gering gehalten wird. Aber sie ist relativ hoch. Das muss man deutlich sagen.

**Präsident Weber:** Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Ausreichend Parkplätze beim Integrationsamt?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die derzeitige Situation, dass - zwar vorübergehend, aber immerhin für ein ganzes Jahr - für Besucher und Besucherinnen des Integrationsamtes lediglich ein einziger Behindertenparkplatz zur Verfügung steht, der zudem noch so gekennzeichnet ist, dass er nur für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Besucher und Besucherinnen der Telekom zur Verfügung steht?

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese missliche Situation zu verbessern, damit Menschen mit starken Gehbeeinträchtigungen ohne große Schwierigkeiten einen Parkplatz in zumutbarer Nähe des Integrationsamtes finden?

3. Welche dieser Abhilfemöglichkeiten wird der Senat ergreifen?

**Präsident Weber:** Diese Frage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.

**Staatsrat Professor Stauch:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Das Stammgebäude des Integrationsamtes an der Doventorscontrescarpe muss derzeit renoviert werden. Für den begrenzten Zeitraum der Renovierung bedarf es eines Ausweichquartiers. Ein Interimsstandort ist in der Utbremer Straße beim Fernsehturm am Sitz der Telekom gefunden worden. Hier residiert das Integrationsamt seit Mitte Januar 2015. Dort stehen Parkplätze zur Verfügung, die von den Besucherinnen und Besuchern sowohl der Telekom als auch des Integrationsamtes genutzt werden können. Zu diesen gemeinsam nutzbaren Parkplätzen gehört auch ein Behindertenparkplatz. Es ist damit zu rechnen, dass die Quartierung des Integrationsamtes am Interimsstandort weniger als ein Jahr andauern wird; voraussichtlich wird das Stammgebäude an der Doventorscontrescarpe bereits im Spätherbst wieder bezugsfertig sein. Der Interimsstandort ist aus einer geringen Zahl an möglichen Alternativen ausgewählt worden. Er bietet den Vorteil einer guten Anbindung an den ÖPNV. Der Senat bewertet diese Situation als vertretbar.

Zu Frage 2: Viele Termine nimmt das Integrationsamt vor Ort in den Betrieben wahr. Hier können Probleme bereits ausgeschlossen werden. Wenn Kundinnen und Kunden das Integrationsamt persönlich aufsuchen, so ist meist zuvor ein Termin abgesprochen. Im Zusammenhang mit einer Terminvereinbarung wird der Bedarf nach einem Behindertenparkplatz abgefragt. Nach Rücksprache mit der Hausverwaltung wird dann auf eine entsprechende Parkmöglichkeit hingewiesen.

Zu Frage 3: Der Senat hält die Lösungen, die das Integrationsamt gefunden hat, bereits für sachgerecht und ausreichend. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bekannt, ob beim Integrationsamt bereits konkrete Beschwerden über diesen misslichen Zustand eingegangen? Ich persönlich halte einen Parkplatz für absolut zu wenig.

**Staatsrat Professor Stauch:** Mir persönlich sind keine Beschwerden bekannt. Es ist möglich. Ich kann es nicht ausschließen. Zu mir sind keine vorgedungen.

Wir haben eine Interimslösung. Es ist auch so, dass wir das Amt für Versorgung und Integration und das Integrationsamt an einem Standort unterbringen. Das wird eine deutliche Verbesserung darstellen. Es ist ein Zwischenstandort.

**Präsident Weber:** Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage bezieht sich auf die **Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Schullandheim Gerdshütte**. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Vogt und der Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind im Schullandheim Gerdshütte untergebracht?
2. Wie viele von ihnen verfügen über einen Vormund?
3. Wird ihre Beschulung sichergestellt, wenn ja, wo, wenn nein, warum nicht?

**Präsident Weber:** Diese Frage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Im Schullandheim Gerdshütte werden zum jetzigen Zeitpunkt 40 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut.

Zu Frage 2: Für 34 Jugendliche besteht eine Vormundschaft, für sechs Jugendliche läuft das Verfahren zur Bestellung eines Vormundes noch.

Zu Frage 3: Die anfangs 23 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wurden zunächst in den Räumlichkeiten des Schullandheims durch Lehramtsstudierende der Universität Bremen beschult. Die Förderlehrkräfte haben sich in einem Seminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Seit Jahresbeginn werden alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht mehr in der Einrichtung, sondern an drei Vormittagen pro Woche an der Universität Bremen auf unterschiedlichen Niveaustufen beschult. Sie haben sich sehr zufrieden über das Angebot geäußert. Nach dem Wechsel aus dem Schullandheim Gerdshütte in Bremer Jugendhilfeeinrichtungen werden die Jugendlichen in Vor-